

Rückkehr der Krisentheorie?

Ein Blick voraus auf Claus Offes Frühwerk

David Strecker*

Claus Offe gilt heute zweifellos als einer der renommiertesten deutschen Sozialwissenschaftler. Die Gründe dafür sind vielfältig. Seine Forschung bezieht sich auf die grundlegenden institutionellen Komplexe moderner Gesellschaften, die er im Einklang mit gängigen Annahmen in den Bereichen der Politik und der Ökonomie erkennt. Dabei lässt er sich von aktuellen Herausforderungen anregen und versteht seine Analysen als Beitrag zur gesellschaftlichen Selbstaufklärung; sozialwissenschaftliche Forschung hat dieser Auffassung zufolge in erster Linie den Sinn, neue Perspektiven sowie relevante Informationen in die politische Öffentlichkeit einzuspeisen und auf diese Weise die Qualität der normativen Debatten einer Gesellschaft zu steigern. Damit begibt Offe sich gerade nicht auf das Feld utopischer, von empirischen Befunden entkoppelter Spekulation; in seiner Forschung verkörpert sich vielmehr der nüchterne, methodisch kontrollierte Blick der professionalisierten Sozialwissenschaften. Geprägt worden ist dieser nicht zuletzt durch den frühen Kontakt mit und die produktive Verarbeitung der englischsprachigen Forschung. Hinzu kommt Offes Neigung, die Widersprüche, Probleme, Hindernisse und Blockaden (Geis/Strecker 2005) institutioneller Arrangements aufzuzeigen.

Dieser Fokus, in Kombination mit seinen politischen Überzeugungen, die öffentlich wurden durch die von ihm mitverfasste SDS-Denkschrift *Hochschule in der Demokratie* (1961) und das daraus dann hervorgegangene gleichnamige Buch, seine frühe Kenntnis auch der kritischen europäischen Autoren, insbesondere der Weimarer Zeit, sowie schließlich der Umstand, dass Offe nach seinem Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Philosophie in Köln und Berlin 1965 in Frankfurt am Main Assistent des gut zehn Jahre älteren Jürgen Habermas wurde, bereiteten den Boden dafür, dass er bald wie dieser als führender Kopf einer zweiten Generation der Kritischen Theorie der ‚Frankfurter Schule‘ galt, die damals im Rahmen der 68er-Bewegung wiederentdeckt wurde und hierzulande bald als die kritische Alternative schlechthin zu den etablierten Ansätzen nicht zuletzt ehemals nationalsozialistischer Autoren galt. Entscheidend dafür war freilich die von Offe damals entwickelte Spätkapitalismustheorie. Diese fand ein breiteres Publikum, als er im Anschluss an einen längeren Aufenthalt in Berkeley und Harvard an das neugegründete Starnberger Max-Planck-Institut gegangen war, an dem unter Habermas gewis-

* Dr. David Strecker, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Kontakt: david.strecker@uni-jena.de

sermaßen das frühe Programm des Frankfurter Instituts für Sozialforschung in modernisierter Form wiederaufleben sollte, und er 1972 die Aufsatzsammlung *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* publizierte. 1973 an der Universität Konstanz in Politikwissenschaft mit einer Studie habilitiert, die diesen Ansatz weiter ausgearbeitet hat, erhielt Offe 1975 in Bielefeld eine Professur für Politikwissenschaft und Soziologie. Noch in den ersten Jahren dort trat die Spätkapitalismustheorie freilich zunehmend in den Hintergrund. Schon lange vor seiner Zeit in Bremen (ab 1989) und Berlin (ab 1995 HU, seit 2006 Hertie School of Governance) fand sie kaum noch Erwähnung.

Allen ökonomischen Problemen zum Trotz, die die Regierungen zunächst der westlichen Welt in den vergangenen Jahrzehnten unter einen permanenten Handlungsdruck setzten, hat der kapitalismus- und krisentheoretische Zuschnitt, dem dieser Ansatz seinen Erfolg verdankte, ihn auch bald als überholt erscheinen und in Bibliotheksregalen verstauben lassen. Zur Bewältigung der ökonomischen Probleme wurden den theoretischen Annahmen zuwider scheinbar fortlaufend neue Instrumente entwickelt, die krisenhafte Zuspitzungen abzufedern vermochten; zudem galt der Kapitalismus als solcher zunehmend als normativ wie faktisch alternativlos und darüber hinaus angesichts seiner unzähligen *varieties* kaum mehr als analytisch reputabler sozialwissenschaftlicher Begriff. Das hat sich mittlerweile bekanntlich grundlegend geändert. Angesichts der aktuellen Verwerfungen, durch die der heute global entfesselte, finanzmarktgetriebene Kapitalismus die politischen Eliten zu immer kurzatmigeren Reaktionen nötigt, sind Kapitalismusanalyse und Krisenthematik auf die sozialwissenschaftliche Bühne zurückgekehrt. Diese Entwicklung verhilft auch der zwischenzeitlich vergessenen Spätkapitalismustheorie zu neuer Aufmerksamkeit. Indes pflegt nicht nur Offe selbst ein eher distanzierendes und ambivalentes Verhältnis zu seinen frühen Schriften und spricht von „überambitionierten oder unterstantiierten Behauptungen“ (Offe 2012: 601). So dürften auch eine Neuauflage (Offe 2006) und jüngere Aktualisierungsbemühungen (Borchert/Lessenich 2005; Lessenich 2008; Streeck 2013) wenig daran geändert haben, dass die Spätkapitalismustheorie über ihren Namen hinaus einstweilen kaum mehr zum etablierten Kernbestand sozialtheoretischen Wissens gezählt werden darf. Als Ergänzung zu dem nachfolgend abgedruckten Gespräch, möchte ich deswegen die vom jungen Claus Offe entwickelte Theorie des Spätkapitalismus in Erinnerung rufen und in ihrer gesellschaftstheoretischen Relevanz skizzieren (vgl. dazu ausführlich Strecker 2012).

Der Begriff des Spätkapitalismus ist schon zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts eingeführt worden, um zu verdeutlichen, wie weitgehend sich der damalige Kapitalismus gegenüber dem von Marx analysierten sozioökonomischen System strukturell verändert hatte (Sombart 1902). Wie schon frühere Autoren aus dem Frankfurter Theoriekontext greift Offe diesen Begriff dann in den späten 1960er Jahren auf, also im Kontext keynesianischer Programme gesamtwirtschaftlicher Steuerung und technokratischer Sozialordnungskonzeptionen, um eine Gesellschaft zu analysieren, in der die Staatstätigkeit im Prinzip alle sozialen Sphären erfasst hat, die Entscheidung über Investitionen und die Aneignung von Gewinnen im Kern aber dennoch in privater Hand verbleiben, anstatt politisiert zu werden. Als Schlüssel zur Erklärung dieses Rätsels dient ihm der Begriff des kapitalistischen Staates. Auf diesen richten sich die drei Erklärungsansprüche, die sich mit der Spätkapitalismustheorie verbinden: Welche Kräfte haben den kapitalistischen Staat entstehen lassen? Wie bewerkstelligt dieses Gebilde, dass Kapitalismus und Demokratie trotz ihres grundlegenden Spannungsverhältnisses gleichwohl koexistieren? Und welche

strukturellen Tendenzen bestimmen unter diesen Bedingungen die künftige gesellschaftliche Entwicklung?

In einem ersten Schritt erläutert Offe (1973) die Genese des kapitalistischen Staates als Reaktion auf die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie. Bei den unterschiedlichen Formen politischer Intervention handelt es sich mithin um Problemlösungsinstrumente für die Dysfunktionalitäten einer durch unkoordinierte private Investitionsentscheidungen strukturierten Wirtschaft. Monopolbildungen sorgen zunächst für die Organisation des Einzelkapitals. Auf einer nächsten Stufe folgt die Organisation des Gesamtkapitals durch die systematische Verkopplung der Forschung mit dem ökonomischen Prozess und die Vergabe umfangreicher staatlicher Aufträge. Darüber hinaus bleibt zur Absicherung von Wirtschaftswachstum dann noch der Ansatz gesamtwirtschaftlicher Steuerung. Weil damit, wie Offe damals glaubte, die Möglichkeiten zur systemkonformen Bearbeitung kapitalistischer Krisentendenzen kategorial ausgeschöpft seien, sei mit dem Keynesianismus die Phase des Spätkapitalismus angebrochen. Der kapitalistische Staat, von dessen Leistungen der ökonomische Prozess auf dieser Stufe des postliberalen Kapitalismus abhängig geworden ist, entsteht also aus der Bearbeitung von Systemproblemen. Handlungstheoretische Überlegungen spielen dabei keine Rolle. Die Erklärung beruht ganz auf funktionalistischen Annahmen.

Ebenso verfährt Offe bei der Analyse der Funktionsweise des kapitalistischen Staates. Dass sich die Politik trotz demokratischer Legitimation vorrangig an den Erfordernissen einer profitgetriebenen Ökonomie orientiere, sei nicht etwa durch die manifeste Repression antikapitalistischer oder doch zumindest systembedrohender Interessen auf der Ebene politischer Entscheidungen zu erklären. Ausschlaggebend sei vielmehr die institutionelle Struktur des kapitalistischen Staates. In den Formeigenschaften politischer Institutionen identifiziert Offe (1969) im Anschluss an Überlegungen aus der amerikanischen Politikwissenschaft zu den Verzerrungseffekten politischer Verfahrensregeln Filtermechanismen, die die Politik funktional auf den Akkumulationsprozess abstimmen. Auf der Input-Seite des politischen Prozesses beschreibt die Spätkapitalismustheorie solche institutionellen Selektivitäten erstens an politischen Parteien, die sich im Wettbewerb um Stimmen sachlich und sozial weitgehend annähern. Abweichende, polarisierende, gar systemkritische Positionen, so das hier in arg groben Zügen gezeichnete Bild der politischen Arena, werden unter diesen Bedingungen im Prinzip nicht einmal mehr formuliert. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Offe zweitens mit Blick auf den Funktionswandel von Parlamenten, in denen ähnliche zentripetale Kräfte das Kritikspektrum effektiv beschränkten und sich zudem die Regierungsfractionen in Werbeträger der Regierungspolitik transformiert hätten, anstatt parlamentarische Kontrollaufgaben wahrzunehmen. Innovativer ist drittens die Analyse der ungleichen Chancen gesellschaftlicher Interessen in der erweiterten politischen Arena, also im Bereich von Verbänden und Gewerkschaften. Ein erster Filter trennt hier der Spätkapitalismustheorie zufolge schon die Interessen spezifischer Statusgruppen einerseits und andererseits allgemeine Interessen, die aufgrund der Logik kollektiven Handelns nur in geringem Maße organisationsfähig sind. Ein zweiter Filter besteht in der unterschiedlichen Konfliktfähigkeit auch der überhaupt organisationsfähigen Interessen. In kapitalistischen Gesellschaften können sich hier vor allem Interessen Geltung verschaffen, die aufgrund ihrer ökonomischen Bedeutung mit Leistungsverweigerung drohen können. Schließlich verfügen aber auch Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite über asymmetrische Chancen dafür, dass ihre Interessen im politischen Prozess berücksichtigt werden, weil Erstere deutlich heterogener und folglich schwieriger zu klären und zu vereinbaren sind.

Diese Selektivität des kapitalistischen Staates setzt sich auf der Output-Seite des politischen Prozesses fort. Der aus dem ohnehin schon beschränkten Spektrum politischer Alternativen resultierende demokratische Wille wird im Bereich der Exekutive noch weiter verzerrt. Dabei unterstellt die Spätkapitalismustheorie auch hier nicht, dass ökonomische und politische Eliten zu einem Herrschaftsblock verschmolzen wären und sich die Gesellschaft gewissermaßen zur Beute gemacht hätten. Ebenso ist Offe darum bemüht, den funktionalistischen Fehlschluss zu vermeiden, der kapitalistische Staat sei aufgrund der Funktionsdefizite entstanden, die er bearbeitet. Deswegen zeichnet er am Beispiel der Berufsbildungsreform empirisch nach, wie die Tätigkeit der Exekutive durch das formale Interesse an Selbsterhaltung motiviert wird. Die selbstinteressierte Perspektive des Staates zwingt zur vorrangigen Bearbeitung besonders grundlegender Herausforderungen, insbesondere der Gewährleistung ökonomischer Stabilität und hinreichender Loyalität der Bevölkerung.

Spätkapitalistische Gesellschaften müssen dieser Überlegung zufolge auch mit Blick auf ihre künftige Entwicklung im Rahmen eines dreigliedrigen Schemas analysiert werden, in dem das politisch-administrative System zwischen dem ökonomischen und dem normativen System angesiedelt ist. Einerseits muss der Staat zur Vermeidung ökonomischer Krisen systemkonforme Steuerungsleistungen erbringen, ohne andererseits den Rückhalt in der Bevölkerung zu verlieren. Entscheidend ist hier die nicht weiter problematisierte Annahme, dass eine unverzerrte demokratische Willensbildung nicht mit der ungleichen Verteilungsstruktur kapitalistischer Ökonomien vereinbar ist. Unter Bedingungen einer umfassenden Staatstätigkeit kann die bestehende Ordnung deswegen nur aufrechterhalten werden, indem die Folgebereitschaft durch sozialstaatliche Leistungen erkauft wird. Weil erkaufte Loyalität im Gegensatz zu einer auf Überzeugungen beruhenden Legitimität aber keine Stoppregele kennt, kann der kapitalistische Staat lediglich zwischen den inkompatiblen Anforderungen von Wirtschaft und Bevölkerung herumlavieren und vermag Legitimitätskrisen, also politische Krisen, die sich aus dem notwendigerweise unzureichenden Management ökonomischer Krisen ergeben, letztlich nicht dauerhaft zu vermeiden.

Nun ist es in der Folgezeit bekanntlich nicht zu den prognostizierten Legitimitätskrisen gekommen. Eine mögliche Erklärung dafür bietet die berühmte Kolonialisierungsthese von Jürgen Habermas, die aus einer Weiterentwicklung der Spätkapitalismustheorie hervorgegangen ist. Wie erläutert, geht Offes Version der Spätkapitalismustheorie zunächst klassisch marxistisch davon aus, dass der kapitalistische Akkumulationsprozess zwangsläufig ökonomische Krisen verursacht, die, so die theoretische Innovation, durch politische Interventionen aufgefangen werden, allerdings nur um den Preis von politischen Krisen, die auf der Input-Seite des politischen Systems die Gestalt von Legitimitätskrisen annehmen. Hier schließt Habermas (1973) an. Während Offe annimmt, dass der Staatsinterventionismus eine Anspruchsinflation bewirkt, die der kapitalistische Staat systematisch enttäuschen muss, macht Habermas geltend, dass dies nur dann notwendigerweise folgt, wenn die Motivbildung der Individuen einer Eigenlogik folgt, die zu den kapitalistischen Aneignungsverhältnissen in Spannung tritt. Dieser Überlegung gemäß setzen Legitimitätskrisen Motivationskrisen voraus. Doch ebenso wie ökonomische Krisen durch die Ressource administrativer Macht, sollen politische Krisen durch Ressourcen der Lebenswelt aufgefangen werden können: Die Zahlungen vonseiten der staatlichen Leistungsverwaltungen und der Arbeitgeber sorgen für ein hinreichendes Niveau an politischer Folge- und ökonomischer Leistungsbereitschaft, doch der Preis dafür besteht in einer Ausbreitung klientelistischer und konsumistischer Orientierungen, die persönliche Urteils- und Handlungskompetenzen angreift und gesellschaftliche Sinnressourcen aus-

trocknet, eine autonome und ausgewogene Meinungsbildung der Gesellschaftsmitglieder über ihre individuellen und gemeinschaftlichen Ziele unterminiert, sie anfällig für paternalistische Bevormundung werden lässt und die Dominanz einseitig an der Warenwelt ausgerichteter Lebensstile zementiert (Habermas 1981; vgl. ausführlich dazu Strecker 2012: 225 ff.).

Auch diesem Szenario einer Kolonialisierung lebensweltlicher Sphären durch systemische Imperative, also des Eindringens von Geld und administrativer Macht in grundlegend kommunikativ strukturierte Bereiche wie die der Sozialisation und der Kultur, liegt freilich die Annahme einer erfolgreichen politischen Bearbeitung der ökonomischen Krisentendenzen zugrunde. Legitimitätskrisen wie Kolonialisierungspathologien ergeben sich diesen Überlegungen zufolge aus der mit keynesianischen Instrumenten gewährleisteten Strategie dauerhaften Wirtschaftswachstums und ökonomischer Prosperität. Rückblickend kann man heute festhalten: Die entsprechenden wirtschaftspolitischen Konzepte befanden sich schon in der Defensive, als die hier referierten Thesen noch formuliert wurden. Nun hatte Habermas (1985: 195 f.) die Möglichkeit einer Rückkehr ökonomischer Probleme durchaus erwogen und für diesen Fall als Alternative zur Kolonialisierung die Aufkündigung des sozialstaatlichen Kompromisses und traditionelle Klassenkonflikte vorausgesagt. Auch diese Prognose entspricht jedoch nicht der tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung.

Beobachten lässt sich stattdessen: Das Scheitern des kontinuierlichen Wachstumsversprechens, das jedoch keine systemgefährdenden Legitimitätskrisen ausgelöst hat, sondern, im Gegenteil, mit einer Zunahme der Akzeptanz des demokratischen Kapitalismus einhergegangen ist; trotz Abschieds von einer Politik der Globalsteuerung gleichwohl eine sogar gesteigerte Bürokratisierung und Monetarisierung sozialer Beziehungen; das Management ökonomischer Krisentendenzen durch die Entwicklung neuer Instrumente, die wie im Fall von Workfare-Programmen immer tiefer in die persönliche Lebensführung eindringen und die auf dem Wege öffentlicher wie privater Verschuldung neue Investitionsmöglichkeiten eröffnen und das Wachstum deregulierter Finanzmärkte gefördert haben; sowie nicht zuletzt einen von den Frankfurter Krisentheoretikern nicht vorausgesehenen und, mehr noch, überraschenderweise von der Bevölkerung hingenommenen neoliberalen Angriff der Kapitaleseite auf das sozialstaatliche Nachkriegsarrangement, der den Bürgerstatus durch Verlagerung von Aufgaben der Daseinsvorsorge vom Staat auf den Markt nachhaltig ausgedünnt hat.

Beobachtungen wie die letztgenannte verlangen nach einer handlungstheoretischen Deutung, wie sie zuletzt am aufsehenerregendsten von Wolfgang Streeck (2013) vorgelegt worden ist. Gleichwohl steht jede handlungstheoretische Erneuerung der Krisentheorie vor dem Problem, erklären zu müssen, auf welche Weise Strategien wie der neoliberale Umbau der Gesellschaft den divergierenden Interessen heterogener Eliten zum Trotz überhaupt formuliert und realisiert werden können. Der systemtheoretische Zugang der Spätkapitalismustheorie und die Betonung der den unterschiedlichen Funktionsbereichen je spezifischen Interessenlagen sowie der korrespondierenden institutionellen Eigenlogiken eignen sich hier als Korrektiv gegen die Gefahr verschwörungstheoretischer Verkürzungen. Ohnehin bedarf es funktionalistischer Theoreme, um in der Mannigfaltigkeit historischer Kontingenzen jene sozialen Zusammenhänge erfassen zu können, die krisenhafte Entwicklungen bewusstseinsfern, also ‚hinter dem Rücken‘ der Akteurinnen und Akteure und durch den ‚Druck der Verhältnisse‘ anstoßen. Der durch die Erfahrung der vergangenen drei bis vier Jahrzehnte belehrte Blick zurück auf die Spätkapitalismustheorie

von Offe und ihre Weiterentwicklung bei Habermas lässt folglich deren Stärken wie deren Schwächen erkennen und ist damit zugleich ein Blick voraus auf die Konturen einer überzeugenden aktuellen Krisentheorie.

Neben der grundlegenden Einsicht in das Erfordernis einer Verknüpfung handlungstheoretischer und funktionalistischer Annahmen zeigt sich insbesondere an dem unvorhergesehenen Verhalten sowohl der Eliten wie der breiten Bevölkerung ferner, dass die Frankfurter Krisentheorie die Genese handlungsleitender Überzeugungen nicht hinreichend ausgeleuchtet und trotz aller Distanz zu kruden materialistischen Annahmen allzu direkt von sozialen Strukturen auf Akteursüberzeugungen geschlossen hat. Abgesehen von dem überholten nationalstaatlichen Analyserahmen wurzeln die falschen Prognosen der Spätkapitalismustheorie in erster Linie in fehlerhaften Annahmen dazu, welche Akteurinnen und Akteure wann welche Forderungen erheben und welche Zumutungen von ihnen in welchen Konstellationen hingenommen werden. Es ist also vor allem der Zusammenhang von Krise und Konflikt, der gerade angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen einer erneuten Analyse bedarf.

Literatur

- Borchert, Jens / Lessenich, Stephan, 2005: „Spätkapitalismus“ *revisited*. Möglichkeiten und Grenzen adaptiver Selbsttransformation der Wohlfahrtsstaatsanalyse. In: Anna Geis / David Strecker (Hg.), Blockaden staatlicher Politik. Sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe, Frankfurt (Main) / New York, 83–97.
- Geis, Anna / Strecker, David, 2005 (Hg.): Blockaden staatlicher Politik. Sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe, Frankfurt (Main) / New York.
- Habermas, Jürgen, 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bände, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1985: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt (Main).
- Lessenich, Stephan, 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld.
- Nitsch, Wolfgang / Gerhardt, Uta / Offe, Claus / Preuß, Ulrich K., 1965: Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität, Berlin.
- Offe, Claus, 1969: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Gisela Kress / Dieter Senghaas (Hg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt (Main), 155–189.
- Offe, Claus, 1972: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie, Frankfurt (Main).
- Offe, Claus, 1973: ‚Krisen des Krisenmanagement‘. Elemente einer politischen Krisentheorie. In: Martin Jänicke (Hg.), Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung, Opladen, 197–223.
- Offe, Claus, 1975: Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik, Frankfurt (Main).
- Offe, Claus, 2006: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Veränderte Neuausgabe, Frankfurt (Main) / New York.
- Offe, Claus, 2012: Rede anlässlich der Verleihung des Theodor-Eschenburg-Preises der DVPW. In: Politische Vierteljahresschrift 53, 601–606.
- Sombart, Werner, 1902: Der moderne Kapitalismus, Leipzig.
- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), 1961: Hochschule in der Demokratie. Denkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, Frankfurt (Main).
- Strecker, David, 2012: Logik der Macht. Zum Ort der Kritik zwischen Theorie und Praxis, Weilerswist.
- Streeck, Wolfgang, 2013: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurt (Main).